

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan

am Donnerstag, dem 23.09.2021 um 17:00 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00 Uhr

Ende:
19:15 Uhr

CDU-Fraktion

Stv. Vincent Endereß
Stv. Annette Leonhardt

Stellvertretung für Henrik Radtke

SPD-Fraktion

Herr Felix Blossey
Stv. Martin Haesen

Stellvertreter für Marion Klaus

WLH-Fraktion

AM Tessa Lukat
Stv. Nadine Lütz

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack

stimmberechtigte Mitglieder

AM Denise Barenthien
AM Hanno Krüger
AM Sina Lorenz
AM Sylvia Maral
AM Doris Weidner

Stellvertreterin für Beate Baroke

beratende Mitglieder

AM Bernhild Kurosinski
Herr Michael Mertens
Frau Barbara Müller
Frau Joana Stollenwerk

Vertreter des Seniorenbeirates

Frau Barbara Schwarze

Vertreter des Jugendparlamentes

Frau Amélie Lämmerhirt

Vertreterin für Dominik Budyh

Beigeordnete

Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

Herr Peter Burek

VA Elke Fischer

VA Doreen Kirchmann

VA Ralf Mülders

Herr Dietmar Pantel

VA Sarah Wendel

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krenzel

Schriftführung

VA Sigrid Nippe

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der **Stv. Vincent Endereß** leitet als stellvertretender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses die 4. Sitzung des JHA und eröffnet die Sitzung um 17.00 h. Er begrüßt alle Ausschussmitglieder und Gäste und stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Um Vorstellung der neuen Mitarbeiter_innen im Dezernat II wird gebeten. Sigrid Nippe (Assistenz Dez. II) und Ralf Mülders (Abteilungsleitung Verwaltung Jugendamt) stellen sich kurz vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Bestellung der Schriftführerin und der stellvertretenden Schriftführer des Jugendhilfeausschusses Vorlage: II/002/2021

Beschluss:

Als Schriftführerin für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan wird Frau Sigrid Nippe bestellt.

Als stellvertretende Schriftführer für Sitzungen des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan werden Herr Ralf Mülders und Herr Dietmar Pantel bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

2./ Kinder- und Jugendfragestunde sowie Kinder- und Jugendparlament

Protokoll:

Fragestunde:

Es sind keine Kinder oder Jugendlichen, die eine Frage stellen wollen, anwesend.

Kinderparlament:

Frau Sarah Wendel berichtet über die am 28. Juni 2021 stattgefundenene erste Kinderparlamentssitzung, die in der Aula des städt. Gymnasiums in Präsenz zzgl. Online-

Zuschaltungen stattgefunden hat. Insgesamt waren 20 stimmberechtigte Kinder sowie 14 Gäste anwesend. Die eingebrachten Anträge können dem Protokoll der Sitzung, welches auf der Homepage des Kinderparlamentes zu finden ist, entnommen werden. Zukünftig werden diese Protokolle auch in das Ratsinformationssystem der Stadt Haan übernommen.

Darüber hinaus berichtet sie über den in der Sitzung gestellten Antrag über Wasserspender an allen Haaner Schulen, der einstimmig beschlossen und gemeinsam mit dem Jugendparlament an den zuständigen Ausschuss für Bildung und Sport der Stadt Haan weitergeleitet wurde.

Aktuelle Themen des Kinderparlamentes sind Müll bzw. Müllvermeidung (Filmprojekt, Begleitung der EU-Woche) sowie das 100-jährige Jubiläum der Haaner Stadtrechte.

Frau Wendel berichtet, dass zwei Kinder-Parlamentarier zwischenzeitlich von ihrem Amt zurückgetreten sind; dann soll die Liste der Nachrücker greifen. Die nächste Sitzung des Parlamentes wird wahrscheinlich am 29.11.2021 stattfinden.

Jugendparlament:

AM Amélie Lämmerhirt berichtet über die letzte Jugendparlamentssitzung, die wegen eines fehlenden Raumes online stattgefunden hat. Das Jugendparlament hat bei der Gestaltung des Haaner Bachtals mitgewirkt, Jugendorte in die städt. Planung mit eingebracht und zur Bundestagswahl Interviews mit den Kandidaten auf dem YouTube-Kanal des Jugendparlamentes veröffentlicht. Darüber hinaus wurde eine Anfrage an die Rheinbahn auf WLAN in Bahnhöfen gestellt sowie ein Antrag auf Änderung der Satzung - siehe TOP 10.

3./ Unterausschuss Spielflächen/Jugendorte

- **Arbeitsauftrag**
 - **Wahl einer/s Vorsitzenden**
- Vorlage: II/006/2021**
-

Protokoll:

Der **stellvertretende Vors. Vincent Endereß** nimmt Bezug auf die Änderung der Satzung für das Jugendamt, wonach der JHA für die Unterausschüsse konkrete Arbeitsaufträge beschließen muss.

Der **stellvertretende Vors. Vincent Endereß** bittet um Vorschläge für den Vorsitz des Unterausschusses. Er selbst ist bereit zu kandidieren, nachdem die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Unterausschüsse nunmehr konkretisiert wurden. **Stv. Jochen Sack** begrüßt die Kandidatur und schlägt sich selbst als Stellvertreter vor. Der **stellvertretende Vors. Vincent Endereß** fragt, ob es weitere Kandidatenvorschläge gibt. Dies ist nicht der Fall.

Beschluss 1:

Der Jugendhilfeausschuss konkretisiert den Arbeitsauftrag für den Unterausschuss Spielflächen/Jugendorte wie folgt:

„Der Unterausschuss Spielflächen/Jugendorte priorisiert die Spielflächen aufgrund des Spielflächenleitplanes 2025 und begleitet Bürgerbeteiligungen. Er sammelt Ideen und Anregungen von Kindern, Jugendlichen und interessierten Bürgern für Jugendorte und Spielflächen für die Spielflächenleitplanung ab 2026 und bereitet Beteiligungsprojekte vor. Er begleitet den Entwurf für die Spielflächenleitplanung ab 2026.“

Beschluss 2:

Der Jugendhilfeausschuss wählt als Vorsitzenden des Unterausschusses Spielflächen/Jugendorte Herrn Vincent Endereß sowie als Vertretung Herrn Jochen Sack.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss 1 und 2 einstimmig angenommen

4./ Unterausschuss Kinderschutz

- **Arbeitsauftrag**
 - **Wahl einer/s Vorsitzenden**
- Vorlage: II/010/2021**
-

Protokoll:

Der **stellvertretende Vors. Vincent Endereß** erklärt, dass die Verwaltungsvorlage zu diesem TOP durch eine IT-Panne leider erst am heutigen Tag online einsehbar war. Die Mitglieder des JHA entscheiden einstimmig, diesen TOP trotzdem zu beraten.

Stv. Martin Haesen erklärt, dass die Stv. Marion Klaus den Vorsitz aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben kann und er selbst die Position gerne übernehmen würde. Als Stellvertreter stellt sich **AM Hanno Krüger** zur Verfügung.

Der **stellvertretende Vors. Vincent Endereß** nutzt die Gelegenheit, seinen Glückwunsch zum Vorsitz der AG 78 an **AM Hanno Krüger** auszusprechen.

Beschluss 1:

Der Jugendhilfeausschuss konkretisiert den Arbeitsauftrag für den Unterausschuss Kinderschutz wie folgt:

„Der UA Kinderschutz entwickelt Maßnahmen und Aktionen, um das Thema Kinderschutz verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen.“

Beschluss 2:

Der Jugendhilfeausschuss wählt als Vorsitzenden des Unterausschusses Kinderschutz Herrn Martin Haesen sowie als Vertretung Herrn Hanno Krüger.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss 1 und 2 einstimmig angenommen

**5./ Satzung der Stadt Haan über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege
Vorlage: 51/023/2021**

Protokoll:

Die **AL Elke Fischer** weist darauf hin, dass die Vorlage die Punkte beinhaltet, die vom KiBiZ aufgenommen werden mussten und die Ergänzungen der Fachberatung seien dadurch selbsterklärend. Die von der IG Kindertagespflege beantragten 10 zusätzlich bezahlten Krankentage pro Jahr sind ebenfalls aufgenommen worden.

AM Joana Stollenwerk hat eine Nachfrage zu **§ 4 Ziff. (2) 5. der Satzung – Tagespflegepersonen ab dem 60. Lebensjahr müssen die Gesundheitsbescheinigung jährlich einreichen**. Dieser Passus irritiert die IG Kindertagespflege; solche Beschränkungen gelten sonst nur für den Pilotenberuf. Darüber hinaus gibt es ohnehin alle fünf Jahre eine Überprüfung der Tagespflegepersonen.

Die **AL Elke Fischer** erklärt, dass dies eine Empfehlung der Fachberatung ist. Es gibt ein einschlägiges Urteil des Verwaltungsgerichtes hierzu. Ein dokumentiertes Arztgespräch reicht aus, damit keine jährliche Überprüfung stattfinden muss. Dann ist die Pflegeerlaubnis wieder fünf Jahre gültig.

AM Joana Stollenwerk merkt an, dass landesweit nur die Stadt Köln diesen Passus in ihre Satzung aufgenommen hat. Sie hat vor allem die Sorge, dass über 60-jährige bei Krankheit keiner Beschäftigung als Tagespflegeperson mehr nachgehen dürfen. Die **AL Elke Fischer** führt weiter aus, dass diese Regelung eine Absicherung den Eltern gegenüber darstellt.

Die **Stv. Annette Leonhardt** fragt nach, wie man zu der Altersgrenze von 60 Jahren kommt. Wie wird grundsätzlich überprüft? Gibt es regelmäßige Kontrollen? Dies auch im Hinblick auf schwere Erkrankungen bei jüngeren Tagespflegepersonen. Warum gibt es keinen Passus zu den Räumlichkeiten bezüglich der Abnahme? Was passiert, wenn Räumlichkeiten nachträglich verändert werden? Was wird Eltern von Seiten der Verwaltung angeraten, wenn die Verpflegungspauschale zu hoch ist. Die zusätzlich bezahlten 10 Krankentage für Tagespflegepersonen findet sie unterstützenswert, da ansonsten womöglich krank gearbeitet wird.

Die **AL Elke Fischer** führt aus, dass man sich beim Lebensalter 60 an Empfehlungen orientiert hat. Grundsätzlich steht die Fachberatung immer im Kontakt mit den Tagespflegepersonen, so dass durch das vorherrschende Vertrauensverhältnis auch Krankheitsfälle thematisiert werden. Die Verpflegungspauschale ist bereits ein Höchstbetrag und wird sinnvollerweise – wie auch im KITA-Bereich – direkt vor Ort entrichtet.

Die Abnahme der Räume wird vor Erteilung der Erlaubnis vorgenommen und im Rahmen der regelmäßigen Hausbesuche überprüft. In Haan hat es noch keine Vorfälle der Art gegeben, dass Räumlichkeiten nachträglich wieder verändert wurden.

Der **stellvertr. Vors. Vincent Endereß** stellt fest, dass in der Satzung die Höhe des Mahlzeitenentgeltes eine Sollbestimmung und somit nicht bindend ist.

Darüber hinaus stellt er die Frage, ob es neben der Empfehlung der Fachberatung Anlass zum Festhalten an der 60 Jahre Grenze durch Fälle in den letzten Jahren gibt. Darauf erwidert die **AL Elke Fischer**, dass man nicht unbedingt an den 60 Jahren festhalten muss, aber schon Bedenken hat. Grundsätzlich ist sie zur Änderung der Altersstufe bereit.

AM Joana Stollenwerk berichtet, dass sich vier Kolleginnen in Haan langsam dem Alter 60 nähern. Diese nehmen sich aber selbst schon zurück, wenn sie merken, dass ihre Belastungsgrenze erreicht ist. Sie schlägt als Altersgrenze das gesetzliche Renteneintrittsalter von 67 vor.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt HFA und Rat, der aktualisierten Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege zuzustimmen.

Der **stellvertr. Vors. Vincent Endereß** unterstützt den Vorschlag von Frau Stollenwerk und lässt zusätzlich über die Änderung der Satzung zu **§ 4 Ziff. (2) 5.** hinsichtlich der Altersgrenze von 60 auf „...ab dem Zeitpunkt der Erreichung ihres jeweiligen gesetzlichen Renteneintrittsalters...“. abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

6./ Kinderfreundliche Kommune Vorlage: 51/024/2021

Protokoll:

Abteilungsleiter Dietmar Pantel möchte aus tiefster Überzeugung für das Projekt werben. In diesem Projekt können die im letzten JHA geforderten Punkte zum Kinder- und Jugendförderplan sowie alle Wünsche im Rahmen einer Gesamtstrategie umgesetzt werden. Es handelt sich hier um eine enorme Weiterentwicklung für eine kindgerechte Kommune. Das Siegel ist nur noch die „Kirsche auf der Sahne“.

Stv. Jochen Sack merkt an, dass die Kinderrechtskonvention unbedingt vor Ort verankert werden muss. Er zweifelt an der Verwaltungsmeinung, dass Haan schon kinderfreundlich ist. Beim Aktionsplan müsse darauf geachtet werden, das Kinder- und Jugendparlament einzubinden, um Kinderfreundlichkeit wirklich zu leben. Herr Sack bittet die Verwaltung um ausführliche Darstellung für den Rat, wo es bereits gut läuft und wo es noch Nachholbedarf gibt.

Abteilungsleiter Dietmar Pantel erläutert weiter, dass dieses Projekt durch eine/n Sozialarbeiter/in (1/2 Stelle) als Querschnittsaufgabe für die gesamte Verwaltung begleitet wird, um Haan kinderfreundlicher zu machen.

Stv. Annette Leonhardt führt aus, dass die CDU-Fraktion hinter diesem Projekt steht. Sie sieht Haan aus eigener Erfahrung als kinderfreundlich; besonders auch hinsichtlich der Betreuungssituation.

AM Hanno Krüger befürwortet das Projekt ebenfalls; er sieht die Kinder- und Jugendfreundlichkeit der Stadt Haan bereits als gut gegeben an. Er fragt, wo man noch unterstützen kann, vielleicht auch gelegentlich mit externen Beratern. Herr Krüger würde es begrüßen, wenn alle politischen Entscheidungen hinsichtlich der Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche untersucht werden (z.B. durch ein Formular im Rat). Auf Bundesebene gibt es den „Jugendcheck“. Mitverantwortung von Kindern und Jugendlichen ist wichtig, z.B. bei den Themen Stadtentwicklung/Orte für Jugendliche, Mobilität/Fahrradwege.

Stv. Martin Haesen erklärt, dass die SPD das Projekt ebenfalls unterstützt und empfindet es als sehr positiv, dass man sich mit dem Thema so kritisch auseinandersetzt. Kinder- und Jugendparlament haben ihre Vorhaben schon erfüllt. Nun muss der Blick nach vorne gerichtet werden und es ist auch eine Selbstverpflichtung, an der man sich messen lassen muss.

AM Bernhild Kurosinski vom Stadtelternrat sieht das Projekt ebenfalls positiv und hofft, durch frühkindliche Partizipation Impulse setzen zu können.

Beschluss:

Der JHA empfiehlt HFA und Rat, die Aufnahme der Stadt Haan in das Programm „Kinderfreundliche Kommune“ zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7./ Antrag der CDU-Fraktion "Ein Baum als Babybegrüßung" (erstmalige Beratung)

Protokoll:

Der **stellv. Vors. Vincent Endereß** weist auf die erstmalige Beratung dieses Antrages hin.

Stv. Annette Leonhardt erläutert für die Antragstellerin, dass der Antrag selbsterklärend ist. Zusätzlich zum Begrüßungspaket für Neugeborene soll es einen Gutschein der Stadt geben, um auf eigenem oder städtischem Grundstück Bäume zu pflanzen.

Der **stellv. Vors. Vincent Endereß** ergänzt zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages, dass nicht zwingend ein Obstbaum gepflanzt werden muss. Es gäbe viele sinnvolle Baumarten, die auf städt. Flächen gepflanzt werden könnten.

Stv. Jochen Sack befürchtet durch diese Aktion eine Ungleichbehandlung bzw. Zweiklassengesellschaft, wenn Gutscheine an Grundstückseigentümer verschenkt werden und Bäume für Eltern, die kein Eigentum besitzen, auf städtischen Grundstücken gepflanzt werden. Die Verwaltung sollte hierzu eine Lösung finden.

AM Tessa Lukat möchte wissen, worauf die im Antrag genannten 250 Bäume beruhen. Gibt es hierzu eine Statistik? Welche Fläche wird benötigt? Wie wird man damit umgehen, wenn viele Kinder in Mietwohnungen leben? Zielführender für die CO₂-Ziele wären Laubbäume anstatt Obstbäume. Frau Lukat führt weiter aus, dass es in Bergheim einen Babypark gibt; hier müssen die Eltern selbst für den Baum zahlen. In der Stadt Nürnberg werden Setzlinge ausgegeben.

Die **Stv. Annette Leonhardt** erklärt, dass die Zahl 250 ungefähr auf der jährlichen Geburtenrate beruht und die Zahlen der IT.NRW herangezogen wurden.

Der **Stv. Martin Haesen** weist darauf hin, dass die SPD grundsätzlich für Aufforstung und Klimafreundlichkeit ist. Fridays for Future hat einen ähnlichen Antrag vor zwei Jahren gestellt. Damals gab es lt. Stadtverwaltung nicht genügend Flächen. Darüber hinaus sieht er ebenfalls die soziale Ungerechtigkeit. Wenn Bäume gepflanzt

werden, dann nur auf öffentlichen Flächen.

Herr Haesen möchte wissen, ob Flächen vorhanden sind. Von welcher Baumschule sollen die Gutscheine bezogen werden; kann man sich diese aussuchen oder wird es einen Vertrag der Stadtverwaltung geben? Wird die kostengünstigste Variante ausgewählt?

Der **stellv. Vors. Vincent Endereß** weist darauf hin, dass der Gutschein bei der Verwaltung und nicht bei einer Baumschule eingelöst werden soll.

Die **Stv. Annette Leonhardt** ergänzt, dass man sich für Obstbäume entschieden hat, damit die Kinder selbst später einmal ernten können. Es gibt auch kleine Bäume, die man auf dem Balkon pflanzen könnte (z.B. Zwergapfel). Es soll der Anbieter genommen werden, der nach Ausschreibung der Stadt der günstigste ist.

AM Bernhild Kurosinski freut sehr, dass die Familien in den Fokus genommen werden. Sie hat die gleiche Ansicht zur Ungleichbehandlung bei diesem Antrag und wünscht sich weitere Vorschläge zur Unterstützung von Familien. Der Stadtelterrat wünscht sich eine andere Form der Begrüßung und schlägt einen Gutschein für Schwimmkurse vor.

AM Tessa Lukat hält dies für einen guten Vorschlag und zieht diese Art der Begrüßung vor, da auf den Schwimmkurs-Gutschein jeder zugreifen kann.

Der **stellv. Vors. Vincent Endereß** gibt zu bedenken, ob man mit dieser Art Gutschein wirklich die Familien erreicht, die man abholen möchte.

AM Barbara Schwarze findet den Baum als Babybegrüßung ganz hervorragend und könnte sich eine Bürger-Obstwiese vorstellen. Eine nächste Aktion könnte dann z.B. der Gutschein für einen Schwimmkurs sein.

AM Tessa Lukat und **AM Bernhild Kurosinski** weisen beide nochmals auf die Notwendigkeit des Schwimmenlernens für Kinder hin.

Der **stellv. Vors. Vincent Endereß** berichtet, dass für Schwimmkurse bereits Unterstützung seitens der Politik geleistet und Strukturen erzeugt wurden.

Der Antrag der CDU soll mit den Bäumen eine Identifikation mit Haan schaffen. Es sollte als schöne Geste verstanden werden, wenn die Stadt als Gartenstadt Neubürger mit einem Baum begrüßt.

Die CDU zieht den Antrag zurück, da keine Zustimmung zu sehen ist

8./ Antrag der SPD-Fraktion "Luftfilter für Haaner Schulen und Kindertagesstätten vom 13.05.2021"
Vorlage: II/009/2021

Protokoll:

Stv.Felix Blossey möchte im JHA ein Meinungsbild für den Ausschuss für Bildung und Sport einholen. Es geht um den Gesundheitsschutz für Kinder und Jugendliche. Bisher habe man in der Pandemie nur reagiert; jetzt müsse endlich proaktiv gehandelt werden.

AM Berndhild Kurosinski berichtet, dass dieses komplexe Thema ebenfalls in der AG 78 beraten wurde. Sie fragt nach, welche technischen Möglichkeiten bisher geprüft wurden. Wurde auch in den Blick genommen, dass in KITA-Gruppen nicht dauerhaft gelüftet werden kann und kein Abstand möglich ist? Es ist nicht mit Klassenräumen vergleichbar. Zielt der

Antrag nur auf städtische Einrichtungen ab und haben freie Träger das Nachsehen? Diese Ungleichbehandlung würde man nicht mitgehen.

Was ist mit Gemeinschaftsräumen, wie z.B. Mensen? Sind diese überprüft worden?

Was ist mit Fachräumen für z.B. Chemie und Bio, mit ihren besonderen baulichen Gegebenheiten? Warum wird die Tagespflege bei CO2-Messgeräten ausgeschlossen?

Die **Bgo. Annette Herz** zeigt Verständnis, dass das vollständige Lüften in Kindertageseinrichtungen für Kinder im Winter nicht sehr angenehm ist. Je niedriger die Außentemperatur ist, umso schneller funktioniert jedoch der Luftaustausch bei einer Stoßlüftung von 1-2 min. Der Verwaltung sind in den Kindertageseinrichtungen keine Irritationen bekannt. Da es keine Superspreading-Events in Kitas oder Schulen in Haan gab, scheint eine regelmäßige Lüftung stattgefunden zu haben und somit besteht offenbar ein guter Infektionsschutz durch diese Maßnahme. Die Verwaltung versteht den Antrag der SPD auch bezogen auf die Kindertagesstätten und Schulen in freier Trägerschaft – der **Stv. Felix Blossey** bestätigt dies durch zustimmendes Kopfnicken. Die Verwaltung hat diesbezüglich auch die freien Träger abgefragt, z.B. die Waldorf-Schule.

Eine private Kindertageseinrichtung hat selbst Lüftungsgeräte angeschafft; die anderen Einrichtungen wollen abwarten. Die städtischen Kitas haben keinen Bedarf an mobilen Raumluftreinigungsgeräten angemeldet. Waldorf-Schule und Waldorf-Kita lehnen mobile Geräte ab.

Auf die Frage der Fachräume und Mensen wird nicht eingegangen, damit die Zuständigkeiten der Ausschüsse nicht vermischt werden.

AM Hanno Krüger hält die Aufarbeitung der Verwaltung zu diesem Thema für sehr gelungen. Eltern fühlen sich gerade sehr allein gelassen. Einen Regelbetrieb in den

Einrichtungen hält er für sehr schwierig, wenn Kinder während des Lüftens den Raum verlassen sollen. Er begrüßt, dass die SPD-Fraktion das Thema angeht.

Er weist auf die hohen Kosten für Haan hin und sieht durch langwierige Prozesse den Einsatz von Luftfiltern wahrscheinlich erst im Sommer/Herbst 2022.

Herr Krüger befürwortet die Variante A der Verwaltungsvorlage und den Einbau von stationären Anlagen in Neubauten. Darüber hinaus sieht er die Zwischenlösung mit CO₂-Trackern.

Herr Krüger empfiehlt eine/n Ansprechpartner/in beim Jugendamt für Eltern, z.B. im Quarantänefall.

Die **Bgo. Annette Herz** begrüßt die Gelegenheit, das Thema in diesem Ausschuss beraten zu können, ohne die Kosten im Blick haben zu müssen. Dies kommt dann erst im HFA und Rat zum Tragen.

Die Verwaltung orientiert sich in ihren Ausführungen an Empfehlungen des Bundesumweltministeriums, der Bundesregierung und des Schulministeriums. Hier vertritt man die Meinung, dass Lüften ausreichend ist.

Frau Herz kann verstehen, dass Eltern dies nicht ausreicht. Sie hat versucht, die Ziele darzustellen, die realistischerweise erreicht werden können. Selbst wenn Lüftungsanlagen installiert werden, wird es zukünftig keine Zusagen des Landes geben, dass Schulen im Pandemiefall nicht mehr geschlossen werden.

Als Ansprechpartnerin fungiert Frau Herz; sie hat auch schon mehrfach mit Eltern kommuniziert. Diese Eltern wurden auch zum BSA eingeladen.

Die Beigeordnete weist nochmals auf die Komplexität des Themas hin und auf die schwierige Aufgabe des Ausschusses, hier eine Entscheidung zu treffen.

Der **Stv. Martin Haesen** weist auf die Studie der Uni Stuttgart bezüglich der Unterschreitung der Raumluftsoltemperatur hin. Kinder reagieren hier deutlich empfindlicher als Erwachsene. Er geht davon aus, dass die Lüftungsintervalle in den Verordnungen vom Gesundheitsministerium angepasst werden, wenn Lüftungsanlagen eingebaut sind.

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

9./ Antrag der IG Kindertagespflege Haan "jährlich 10 bezahlte Krankentage für Kindertagespflegepersonen" - verfristet eingegangen (erstmalige Beratung)

Protokoll:

Dieser Antrag ist durch TOP 5 erledigt; dieser Punkt wurde in die Satzung aufgenommen.

10./ Antrag des Jugendparlamentes "Antrag auf Satzungsänderung" - verfristet eingegangen (erstmalige Beratung)

Protokoll:

Der **stv. Vors. Vincent Endereß** weist auf eine gewisse Dringlichkeit des Antrages hin, da Wahlen des Jugendparlamentes anstehen. Deshalb wurde dieser TOP trotz Verfristung auf die Tagesordnung gesetzt.

AM Amélie Lämmerhirt erläutert den Antrag.

AM Tessa Lukat hat grundsätzlich nichts dagegen, mehr Jugendliche zu integrieren. Sie fragt nach, ob hierfür Geld nötig sei. In Ratingen werden z.B. keine Sitzungsgelder gezahlt. Eine Gleichstellung mit dem Seniorenbeirat, der nur aus 8 Mitgliedern besteht, ist nicht gegeben. Aus eigener Erfahrung weiß sie, dass ein Austausch im Jugendparlament immer möglich ist, auch wenn man nicht stimmberechtigt ist.

Stv. Felix Blossy unterstützt den Antrag des Jugendparlamentes und ergänzt, dass die SPD dem Antrag zustimmen wird.

Der **Jugendreferent Peter Burek** macht sich stark für den Antrag. Aus Erfahrung weiß er, dass die Jugendlichen motivierter sind, wenn sie Stimmrecht haben. Auch im Hinblick auf die kinderfreundliche Kommune und auf das Verteilen der Aufgaben auf viele verschiedene Schultern (z.B. auch bei der Teilnahme an Ausschüssen).

AM Amélie Lämmerhirt ergänzt, dass es sich nur um drei Jugendliche handelt, die dazu kämen. Also entstehen keine hohen Kosten.

AM Tessa Lukat stellt klar, dass ihr Beitrag nicht nur auf die Kosten abzielte. Sie hat in den letzten Videokonferenzen eine geringere Teilnahme der Jugendlichen festgestellt. Vielleicht werden die Parlamentssitzungen in Präsenz wieder stärker besucht.

GAL, CDU und Seniorenbeirat signalisieren ihre Zustimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, die vom Jugendparlament in der Sitzung am 06. September 2021 beschlossene Änderung von § 6 der Satzung des Jugendparlamentes zu befürworten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

11./ Inanspruchnahme des Budgets zum musikalisch-künstlerischen Bildungsangebot
Vorlage: II/012/2021

Protokoll:

Die **Stv. Annette Leonhardt** ist begeistert von dem Angebot und spricht ihren Dank an die Musikschule und die Kindertageseinrichtungen aus. Alle Kinder werden dadurch kostenfrei erreicht.

AM Hanno Krüger findet es ebenfalls erfreulich, dass jetzt alle Kindertageseinrichtungen mitmachen. Er fragt nach, ob nur die städtische Musikschule involviert ist.

Die **Bgo. Annette Herz** erläutert, dass aufgrund ihrer vorliegenden Rückmeldungen alle beteiligten Kindertageseinrichtungen mit der städtischen Musikschule zusammenarbeiten.

AM Joana Stollenwerk bedauert, dass die Kindertagespflege nicht an dem Projekt beteiligt ist.

Der **stv. Vors. Vincent Endereß** erwidert, dass die Kinder von dem Angebot partizipieren, sobald sie die Kindertageseinrichtungen besuchen.

AM Joana Stollenwerk bietet an, dass die Tagespflegepersonen die Kinder in die Musikschule bringen können.

Die **Bgo. Annette Herz** erklärt, dass der Beschluss die Kindertagespflege nicht einbezieht. Der Beschluss müsste somit erweitert werden.

Beschluss:

Der JHA nimmt den Bericht der Verwaltung zur Inanspruchnahme des Budgets zum musikalisch-künstlerischen Bildungsangebot zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

12./ Sachstand zur Bedarfsabfrage zur Betreuungssituation in den Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 51/025/2021

Protokoll:

AM Bernhard Kurosinski bedankt sich bei der Verwaltung für die sehr gelungene Bedarfsabfrage. Hiermit wurden viele Eltern erreicht und es kam zu interessanten Ergebnissen. Seit langem gibt es in Haan nun aktuell zu viele Kindergartenplätze. Es zeigen sich Bedarfe für flexible Betreuungszeiten, die Plätze in den städtischen Kindertageseinrichtungen attraktiver machen könnten.

Aufgrund Kibiz gibt es Zuschüsse für flexibilisierte Betreuungszeiten. Derzeit gibt es nur sehr wenige Kindertageseinrichtungen, die diesen Zuschuss beantragen.

Frau Kurosinski hofft, dass der städtische Träger bereit ist, neue Wege zu gehen.

Die **Jugendhilfeplanerin Doreen Kirchmann** berichtet, dass sie sich im Vorfeld mit der Fachberatung des Landschaftsverbandes und Kollegen im Kreis Mettmann beraten hat. Die Befragung ist bei den Eltern, deren Kinder zum Stichtag 1. August in einer Einrichtung sind, per Post, Link/QR-Code und durch telefonische Abfrage erfolgt. Eltern von Neugeborenen wurden nicht befragt, da sie aufgrund der Erfahrungen benachbarter Kommunen oft noch keine Vorstellung von konkreten Betreuungsbedarfen haben. Teilgenommen haben 246 Eltern. Die von Frau Kurosinski angesprochenen Gelder nimmt keine Einrichtung in Anspruch. Hierfür müsste es vorab im Ausschuss einen Beschluss geben. Trägergespräche finden noch statt, um Änderungen, Verbesserungen sowie flexiblere Betreuungszeiten zu besprechen. Frau Kirchmann gibt zu bedenken, dass die Träger das Stammpersonal auch halten und bezahlen müssen.

Der **stellv. Vors. Vincent Endereß** gibt seine Einschätzung, dass dies eine gute Rücklaufquote einer Befragung ist.

AM Joana Stollenwerk begrüßt die Abfrage; berichtet aber lt. eigener Erfahrung, dass nur wenige Eltern diese Umfrage erhalten haben.

Die **Jugendhilfeplanerin Doreen Kirchmann** erläutert die Vorgehensweise des Versandes der Umfrage. Die Adressen wurden aus dem Programm der Kita-Beiträge gezogen, so dass eigentlich alle Eltern angeschrieben wurden. Einige Familien wurden durch Umzug nicht erreicht. Frau Kirchmann appelliert an den Ausschuss, sich bei ihr zu melden, wenn Fälle bekannt werden, die nicht angesprochen wurden.

Der **stellv. Vors. Vincent Endereß** bittet um Information und Stellungnahme im Jugendhilfeausschuss, wenn die Trägergespräche stattgefunden haben.

Der **Stv. Martin Haesen** bedankt sich für die Umfrage. Diese ist ein guter Schritt, um zukünftig politische Schlüsse zu ziehen. Lt. Abfrage sind 2 % der Eltern in Haan alleinerziehend; deutschlandweit sind es 19 %. Wie ist die Einschätzung der Verwaltung hierzu? Gibt es in Haan wirklich so deutlich geringere Zahlen oder haben sich nur wenige Personen zurückgemeldet?

Die **Jugendhilfeplanerin Doreen Kirchmann** erwidert, dass sie hierzu keine Rückschlüsse ziehen kann. Eine solche Auswertung kann man aber aus dem Beitragsprogramm erstellen.

AM Hanno Krüger bedankt sich für die Abfrage und bittet, dass weiter hierzu im Ausschuss berichtet wird. Nach Pkt. 7. Bedarf bildet sich ab, dass 34 % der Eltern einen anderen Betreuungsbedarf haben. Wie wird sich in den nächsten Jahren der Kita-Bedarf insgesamt darstellen? Werden zukünftig andere Konzepte gefahren? Könnte in Haan eine Modelleinrichtung mit ungewöhnlichen Zeiten installiert werden? Herr Krüger bittet, dieses Thema auch in der AG 78 zu thematisieren, da dort die Träger beteiligt sind.

Die **AL Elke Fischer** erwidert, dass dieses Thema in die AG 78 weitergeleitet wird, um gemeinsam eine Strategie zu entwickeln.

Die **Stv. Annette Leonhardt** hebt hervor, dass es wichtig ist, die Bedarfe der Familien zu sehen. Es stellt sich jedoch die Frage, wie repräsentativ die Abfrage ist, wenn nicht alle erreicht wurden. Sind auch die Eltern erfasst, die keine Beiträge zahlen?

Frau Kirchmann erklärt, dass auch die Eltern, die keine Beiträge zahlen, im Beitragsprogramm erfasst sind.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der **stellv. Vors. Vincent Endereß** stellt fest, dass das Thema in der AG 78 beraten und dann dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

13./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Der **Stv. Martin Haesen** möchte wissen, ob es schwierig war, das Jugendhaus nach dem Lockdown wieder hochzufahren.

Der **Jugendreferent Peter Burek** berichtet, dass beide Einrichtungen – Flemingtreff und Jugendhaus – wieder geöffnet sind.

Beim Flemingtreff war der Kontakt zu den Bürger_innen auch während des Lockdowns immer vorhanden und die Anfragen sind jetzt sehr hoch.

Im Jugendhaus laufen die Maßnahmen seit zwei Wochen wieder verstärkt an.

Man hat das Gefühl, dass die Jugendlichen sich unbedingt wieder bewegen und teilhaben wollen. Dies ist auch eine große Chance, viele Jugendliche zu erreichen.

14./ Mitteilungen

Protokoll:

Die **Bgo. Annette Herz** berichtet über den Schulhof der Grundschule Mittelhaan, der nun auch als Spielfläche schöner, grüner und schattiger durch ein Förderprogramm hergerichtet werden soll. Herr Gabe wird den Sachstand der Umsetzung des Spielflächenleitplans zu Protokoll geben.

Der **Jugendreferent Peter Burek** berichtet über die stattgefunden Stadtranderholung, die mit Honorarkräften und Schülern und in Zusammenarbeit mit den Eltern umgesetzt wurde. 90 Kinder wurden in Kleingruppen betreut. Sonst waren es ca. 200 Kinder; die Eltern waren doch sehr zurückhaltend. Es wurden viele Ausflüge und Fahrten unternommen; die Kinder wurden jeden Tag getestet.

Ein Kind ist in dieser Zeit an Corona erkrankt – die Eltern wurden begleitet, bis die Entscheidung des Gesundheitsamtes kam.

Ein ausführlicher Bericht folgt zum Protokoll.

Herr Burek berichtet darüber hinaus über das Projekt der finanziellen Förderung für Veranstaltungen für Jugendliche. Für dieses Jahr wurden 5.000,- € genehmigt; bisher ist ein Antrag eingegangen. Er bittet um Bereitstellung weiterer 5.000,- € im nächsten Jahr, damit erlebnispädagogische Maßnahmen stattfinden können. Die Vereine in Haan sind informiert und er bittet um Werben in den bestehenden Netzwerken der Ausschussmitglieder. Nähere Infos gibt es auf der Homepage der Stadt Haan.

Weiter berichtet der **Jugendreferent Peter Burek** über die Jugendberufsagentur, die am 01.09.2021 gestartet ist und deren Team aus Jobcenter-Berufsagentur-Jugendamt besteht. Entsprechende Flyer sind im Druck (s. Anlage) und demnächst soll auch eine Auftaktveranstaltung mit Trägern etc. stattfinden. Besonders positiv

empfindet Herr Burek, dass die JBA im Jugendhaus eingerichtet wurde, da die Zielgruppe zwischen 16 und 25 Jahren liegt. Mit dem CVJM gibt es bereits ein sehr gutes Netzwerk und es ist ein kurzer Weg für die Jugendlichen.

Öffnungszeiten sind jeden Donnerstag von 14.00 h – 17.00 h, Tel-Nr. 02129/911-478. Unter der Mailadresse: jugendberufsagentur@stadt-haan.de sind alle Ansprechpartner hinterlegt, so dass die Termine gut koordiniert werden können.

Nachträglicher Hinweis zum Protokoll: Die Kick-off-Veranstaltung findet am 28.10.2021 um 15.00 h im Jugendhaus statt.

Der **stellv. Vors. Vincent Endereß** dankt im Namen des JHA für den Einsatz in diesen schwierigen Zeiten.

Abteilungsleiter Dietmar Pantel berichtet, dass Haan den Zuschlag für die Fördergelder für die Beratung sexualisierter Gewalt trotz gutem Konzept leider nicht erhalten hat. Das Ministerium hat die Verwaltung aber aufgefordert, es nochmals zu versuchen, da es einen Nachschlag an Fördergeldern geben wird.

Für das Projekt „Aufholen nach Corona“ erhält Haan 43.000,- € - für die Säule 2 (70 %) und Säule 3 (30 %). Für 2022 sollen nochmal 60.000,- € folgen.

Die **AL Elke Fischer** berichtet von der Jahrestagung des LVR für JHA-Mitglieder am 25. und 26.11.2021. Wenn Interesse besteht, kann man nähere Infos im Online-Katalog des LVR einsehen.